

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Boten
für das Jahr monatlich 2.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Postträger
und die Anzeigen-Veranstalter entgegen.
— Erscheint wöchentlich.
Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 53.
Telegramme: Auerer Tageblatt.

Abonnement: Die Abonnementstellen
bestellen für Anzeigen und Aus-
gaben 2.00 Mark, Anzeigen-
stellen 1.00 Mark, Restanten-
stellen 1.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1099

Nr. 157

Sonnabend, den 8. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Das Garantiekomitee hat der Reichsbank unter-
lag, sich an aktiven Maßnahmen des Reiches gegen
eine weitere Markverschlechterung ohne
vorherige Genehmigung des neuen Drei-
männer-Kontrollkomitees zu beteiligen.

Im Vierteljahr April-Juni haben nach dem
vorläufigen amtlichen Ergebnis die Ausgaben des
Reichshaushaltes um etwa 45 Prozent die
Einnahmen überstiegen.

In Berlin und namentlich im Reich, besonders
auf den Börsen, laufen allerhand Gerüchte über
neue Mitteilungen um. An amtlicher Stelle ist von
allen diesen Gerüchten nichts bekannt. Es handelt
sich offenbar um Erfindungen.

Bei der Beratung des Erbschaftssteuerge-
setzes im Steuerausschuss des Reichstages wurde die
Beseitigung der Nachlasssteuer beschlossen.

Die französische Regierung macht ausführ-
liche Mitteilungen über das französische Pro-
gramm der von Deutschland in Frankreich
auszuführenden Arbeiten.

Klärungen.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Auf die br.entliche Anfrage der beiden Regierungs-
parteien Zentrum und Demokraten an die Deut-
sche Volkspartei, ob sie unter bestimmten Voraus-
setzungen bereit sei, in die Regierungskoalition mit-
einzutreten, ist überraschend schnell eine zusage-
nde Antwort gekommen. Man muß den Wortlaut des
Briefes genau lesen, um die Bedeutung der Entschei-
dung der Deutschen Volkspartei richtig zu würdigen.
Nach einer allgemeinen Darstellung der Lage heißt es
in dem Briefe:

Wir legen nach diesen Ausführungen Einigkeit
darüber voraus, daß ein Wiederaufbau des Staates
unter Fortführung einer gesunden Sozialpolitik nur
auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikani-
schen Staatsform möglich ist. Deshalb wird von den
in der Regierung zu vereinigenden Parteien jede Ab-
stimmung gegen die Verfassung der Republik, gegen die
Träger der Staatsgewalt und die Embleme des Staates
innerhalb und außerhalb der Parlamente zu ver-
meiden und die Republik gegen jeden Angriff zu ver-
teidigen sein. Dem Staate sind durch das Gesetz zum
Schutze der Republik alle Machtmittel zu gewähren,
deren er zur tatkräftigen Verteidigung bedarf. Alle
Bemühungen der Regierung, unsere außenpolitischen
Verhältnisse auf der Basis internationaler Verhand-
lungen zu verbessern, sind zu unterstützen.

In diesen Sätzen sind also die wichtigsten Forderun-
gen und Voraussetzungen für den Eintritt der Deutschen
Volkspartei in die Regierung klar und deutlich mitgeteilt.
Zu dem war noch die Deutsche Volkspartei gefragt worden,
ob sie bereit sei, sich auf dieser Grundlage an der
Regierung zu beteiligen. Wenn jetzt die deutschvolks-
parteiliche Reichstagsfraktion, wie mitgeteilt worden ist,
einstimmig mit Ja geantwortet hat, so ist dieses zweifel-
los eine sehr erfreuliche Abkehr von dem Standpunkt,
den sie früher eingenommen hat. Fast jede einzelne
der hier formulierten Forderungen hat die Deutsche
Volkspartei früher abgelehnt. Offenbar ist sie unter dem
Druck der gegenwärtigen Verhältnisse zur Einsicht, Ab-
kehr und Umkehr gekommen. Im vaterländischen und
im republikanischen Interesse kann man das nur be-
grüßen. Ganz besonderen Anlaß zur Genugtuung hat
die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion, deren
jahrelange Bemühungen um einen Wechsel der deutsch-
volksparteilichen Taktik nun endlich von Erfolg gekrönt
sind. Die Demokraten haben bei der Deutschen Volks-
partei das gleiche erreicht, wie die Mehrheitssozialdemo-
kraten bei den Unabhängigen, die ebenfalls nach jahre-
langem Stillsitzen endlich ihre antirepublikanische politi-
sche Taktik zugunsten positiver Unterstützung und Mitber-
antwortung für die Republik aufgegeben haben. Die
beiden Flügelparteien haben grundsätzlich ungefähr die
gleichen Opfer gebracht. Das sollte von allen Seiten
im Interesse der Stärkung des Staatsgedankens und
der Sicherung der Republik begrüßt werden.

Nicht ist darum verfehlter wie die Taktik des mehr-
heitssozialistischen Vordrängens, der angesichts dieser neuen
Entwicklung von kleinen taktischen Kunstgriffen redet,
die fast wie ein schlechter Scherz wirken. Ernstlich
könne gar keine Rede davon sein, daß jetzt eine Partei
in die Regierung aufgenommen werde, die sich pro-
grammatisch zur Monarchie bekennet, und die bis in die

letzten Tage hinein Arm in Arm mit den Deutschnatio-
nalen die Außenpolitik Wirths und Rathenaus bekämpft
habe. Wie verfehlt eine derartige Darstellung in Wirk-
lichkeit ist, geht schon daraus hervor, daß man fast ge-
nau dieselben Bedenken gegen die Umkehr der Unabhän-
gigen von ihren seitherigen Wegen geltend ma-
chen könnte. Auch sie haben sich bisher programmatisch
gegen die Republik zum Mächtigsten bekannt und bis in
die letzten Tage hinein Arm in Arm mit den Kommuni-
stern die Regierungspolitik bekämpft. Ist es etwa des-
halb den Demokraten und dem Zentrum eingefallen,
nunmehr den Unabhängigen die Aufnahme in die Re-
gierungskoalition zu verweigern? Nicht die letzte Um-
änderung ist in dieser Hinsicht gefallen. Zentrum und
Demokraten haben vielmehr nur versucht, die Verbreite-
rung und Verstärkung der Regierungsbasis ebenso
nach rechts hin zu erreichen, wie sich die Mehrheits-
sozialdemokraten bemüht haben, sie nach links durch-
zusetzen. Gemeinsam war beiden Bestrebungen die
Sammlung aller Kräfte, die bereit und guten Willens
sind, die Republik zu stützen. Wenn man ernstlich
erlaubt, daß die Unabhängigen das im Widerspruch zu
ihrer früheren Haltung in Zukunft tun wollen, so muß
man das gleiche auch von der Deutschen Volkspartei an-
nehmen. Auch in der Politik muß das Wort Geltung
haben, daß Freude über jeden Sänder herrschen soll,
der sich bekehrt.

Um aber keine Mißverständnisse aufkommen zu las-
sen, so ist noch einmal ausdrücklich betont worden, daß
mit den grundsätzlichen Auererklärungen der U.S.P.V.
und der D.V. noch keineswegs die erwünschte große
Koalition von Stresemann bis Breitscheidt perfekt
worden ist. Es wird vielmehr noch weiterer Verhand-
lungen bedürfen, um die beiden Flügelparteien nun-
mehr mit den drei Regierungsparteien zu einem starken
Bloc zusammen zu bringen. Wahrscheinlich werden sich
bei der Deutschen Volkspartei ebenso starke Bedenken
gegen eine Zusammenarbeit mit den Unabhängigen gel-
tend machen, wie bei den Unabhängigen gegen eine Zu-
sammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei. Diese
Bedenken im einzelnen auf ihre Berechtigung zu prüfen
und angesichts der gefährlichen Gesamtlage zu über-
winden, muß die Bemühung der bisherigen Regierung-
skoalition in den nächsten Tagen sein. Ob es gelingt,
steht einstweilen dahin. Sicher ist heute nur das eine,
daß durch die grundsätzlichen Erklärungen der Unabhän-
gigen und der Deutschen Volkspartei die Atmosphäre
in der inneren Politik wesentlich gebessert, die Repu-
blik und die Reichsregierung gestärkt und die dro-
hende Auflösung des Reiches wegen Nicht-
zustandekommen einer Zweidrittel-Mehrheit für das Ge-
setz zum Schutze der Republik beseitigt ist. Denn nach
diesen Erklärungen wäre es absurd, wenn eine der bei-
den Flügelparteien oder beide nunmehr gegen das
Schutzgesetz stimmen wollten. Vielleicht begnügt man sich
mit diesem Erfolg und verzichtet die weiteren Ver-
handlungen über die Verbreiterung der Regierung-
skoalition nach rechts und links bis zum Herbst. Raild-
lich wäre das nur ein Nothbehelf, aber bei den gegen-
wärtigen überaus gespannten Verhältnissen muß man
schon zufrieden sein, wenn man ohne große Konflikte
denjenigen Schrittweise in der Sicherung der Republik
weiterkommt.

Eine Warnung.

Gerüchweise verlautet, daß die Freien Gewerkschaf-
ten und die sozialdemokratischen Parteien erneut beab-
sichtigen, öffentliche Kundgebungen zu veran-
stalten. Es soll am 11. Juli die Demonstration vom
4. Juli wiederholt werden. (Eine heute vorliegende
Mitteilung spricht allerdings davon, daß die Absicht wie-
der aufgegeben sei. D. Red.) So begreiflich und er-
wünscht es war, daß nach der Ermordung Rathenaus
solche Kundgebungen stattfanden, um für die Erregung
der Bevölkerung ein Abzweckmittel zu schaffen und den
Wegnern der Republik zu zeigen, wie fest die große
Masse des Volkes zur neuen Staatsform steht, so schä-
det solchen Kundgebungen doch nichts mehr, als ihre
stille Wiederholung. Bereits die neue Demonstration
am 4. Juli war vollkommen überflüssig. Die Haupt-
leitung der Deutschen Demokratischen Partei sowie auch
die Mitglieder örtlicher Organisationen haben sofort
nach dem Aufruf zu diesen Straßendemonstrationen vor
einer Beteiligung daran gewarnt und auf die Gefahren
der neuen Demonstration energisch aufmerksam gemacht.
Der Verlauf der Veranstaltung an vielen Stellen im
Reich hat leider den Befürchtungen nur allzu Recht
gegeben. Wenn wirklich neue Straßendemonstrationen für
den 11. Juli geplant sein sollten, war man wir jetzt
schon auf das ernstlichste. Alles was zum Schutze der
Republik geschehen kann, muß von geordneten

Staatsgewalt ausgehen. Darum ist ja auch
eingreifende Gesetz zum Schutze der Republik in Vorbe-
reitung. Wenn trotzdem noch weitere Demonstrationen
veranfaßt werden, dann dienen diese nur zu be-
stärken den Plänen der Deutschnationalen und Reichs-
volkschweigen. Die Vorgänge im preussischen Landtag
und im Reichstag, d. h. das provozierende Auftreten
deutschnationaler Redner beweist, daß manche Teile die-
ser Partei die Erregung absichtlich schüren, offenbar in
der Hoffnung, in einem Bürgerkrieg politische Geschäfte
machen zu können. Dieser Plan muß durch die Diszi-
plin der Republikaner verhindert werden. Wenn je-
doch die Masse fortgesetzt auf die Straße geholt wird,
dann ermöglicht sie leicht der Hand der ordnungsmäßigen
Führer und wird zum willenlosen Gefolge jener meist
jugendlichen Ruchys, die sich bei solchen Gelegenheiten
einzustellen pflegen. Aus diesem Grunde warnt die
Parteilitung der Deutschen Demokratischen Partei mit
allem Nachdruck vor der erneuten Veranstaltung solcher
Kundgebungen und sie ersucht alle Mitglieder und
Freunde, sich keinesfalls an etwaigen Kundgebungen
dieser Art zu beteiligen. Darüber hinaus richtet sie die
Bitte an alle Republikaner, sich nach Möglichkeit von
solchen Veranstaltungen fernzuhalten und vor allen Din-
gen zu verhindern, daß der Mob zum Schutze der Re-
publik mobilisiert wird. Dieser Mob läßt sich erfah-
rungsgemäß sowohl von der Monarchie wie auch von
der Republik wenig beeinflussen, er will nur überall
habe sein, wo Raub und Raubtaten ermöglicht werden.
Die Deutsche Demokratische Partei lehnt wiederholt jede
Verantwortung für Kundgebungen dieser Art ab.

Gröbliche Irreführung.

Das Chemnitzer Tageblatt verbreitet in Heftdruck
eine Meldung über große Mitgliederaustritte aus der
Deutschen Demokratischen Partei, die dadurch veranlaßt
seien, daß die Partei sich an der Bolschewisierung
Deutschlands beteilige. Dazu schreibt der demokratische
Regierungsdienst: Schon die Form und Fassung dieser
Nachricht läßt ihren politischen Zweck deutlich erkennen.
Zunächst ist dazu festzustellen, daß es sich hier um eine
Fälschung handelt. In allen Teilen des Reiches sind im
Gegenteil zahlreiche Neuanmeldungen zur Mit-
gliedschaft bei der Deutschen Demokratischen Partei zu
verzeichnen. Das ist ja auch ganz natürlich, da die
Deutsche Demokratische Partei jetzt und bei allen frühe-
ren Gelegenheiten ernsthaft bemüht gewesen ist, eine
Verständigung zwischen allen Volksparteien herbeizu-
führen und auf die politischen Leidenschaftlichen möglich-
st einzuwirken. Die Behauptung des Chemnitzer Blattes
soll offenbar die Tatsache verschleiern, daß aus den
Reihen der Deutschnationalen eine Massen-
flucht einsetzt, die ja auch bei den sich häufenden Be-
weisen für die Zusammenhänge der Mordorganisationen
mit deutschnationalen Politikern durchaus verständ-
lich ist. Die Ruch des Chemnitzer Blattes ist aber sehr
gefährlich obendrein. Es bestehen z. B. gewichtige An-
zeichen dafür, daß der Mord an Rathenau nicht der
letzte politische Mord in Deutschland gewesen ist, daß
gerade augenblicklich Mörder im Begriffe sind, ihren
Blut im Dunkeln zu schürfen, um dem toten Minister
Rathenau weitere führende republikanische Persönlich-
keiten folgen zu lassen. Gegenüber einer solcher
Situation muß es naturgemäß für die Mörder geradezu
ermutigend wirken, wenn ein Blatt die Nachricht
verbreitet, daß aus der Partei, der der ermordete Ra-
thenau angehörte, zahlreiche Austritte erfolgt sind. Ob
gewollt oder nicht, es wird dadurch der Ansehen be-
reits einguschten begonnen. Darum kann man
nicht scharf genug der Chemnitzer Irreführung entgegen-
treten. Sie reißt sich manchen anderen Provokationen
an, die gerne ihr Ziel, den Bürgerkrieg herbeizufüh-
ren, durch die Erregung von Unruhen erreichen möch-
ten. Aus diesem Grunde ist es auch dringend notwen-
dig, daß die Arbeiterschaft scharf von allen Gewalt-
taten abhält und sie durch ihren Einfluß zu verhin-
dern sucht. Die Republik muß bei der Geschicklichkeit
bleiben. Ihre Hand gegen die Staatsverräter muß hart
sein, aber sie darf und wird sich zu keinen Gewalt-
taten hinreißen lassen.

Deutscher Reichstag.

Nach den unerfreulichen Standalgenen, zu denen es
am Schluß der Donnerstagssitzung des Reichstages ge-
kommen war, herrschte gestern in dem hohen Hause am
Rönigsplatz in Berlin Ruhe und Sachlichkeit, was aller-
dings kaum als ein einseitiges Verdienst der Parteien
anzusprechen war, auf deren taktische Ungeschicklichkeit
selbstverleibliche Verantwortlichkeit der Ruch am Tage zuvor zu